

Amtsgericht Bonn

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Montag, 20.04.2026, 09:00 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal W 1.26 (Wilhelmbau), Wilhelmstr. 21, 53111 Bonn

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Rösberg, Blatt 1898,

BV Ifd. Nr. 1

Gemarkung Rösberg, Flur 10, Flurstück 126, Gebäude- und Freifläche,
Taunusstrasse 31, Größe: 1.378 m²

Grundbuch von Rösberg, Blatt 1898,

BV Ifd. Nr. 2

Gemarkung Rösberg, Flur 10, Flurstück 127, Verkehrsfläche, Taunusstrasse, Größe:
67 m²

versteigert werden.

Es handelt sich um zwei Grundstücke mit einem Wohnhaus mit integrierter Garage. Die zwei Grundstücke bilden eine wirtschaftliche Einheit. Das vollunterkellerte Gebäude wurde eingeschossig mit einem Flachdach errichtet (Baujahr ca. 1970). Die Wohnfläche beträgt insgesamt rd. 181 m². Die Grundstücke sind in Summe 1.445 m² groß.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 30.12.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

365.000,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Rösberg Blatt 1898, Ifd. Nr. 1	333.000,00 €
- Gemarkung Rösberg Blatt 1898, Ifd. Nr. 2	32.000,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.